

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. - 20. Februar 2026

In Frankreich sorgt der Tod des 23-jährigen rechtsextremen Aktivisten Quentin Deranque für heftige politische Debatten. Deranque starb am 14. Februar 2026 in Lyon an schweren Kopfverletzungen, die er zwei Tage zuvor bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung erlitten hatte. Anlass war eine Demonstration gegen einen Vortrag der pro-palästinensischen Europaabgeordneten Rima Hassan von La France Insoumise (LFI). Rechte Gruppierungen wie Némésis wollten die Veranstaltung stören. Deranque gehörte nach Angaben der Gruppe zum „Sicherheitsdienst“ für die Demonstration. Maskierte Angreifer – mutmaßlich Linksextreme – griffen die Teilnehmer an. Deranque wurde von mehreren Personen zu Boden geworfen und schwer geschlagen. Insgesamt wurden elf Personen festgenommen, darunter ein Mitarbeiter des LFI-Abgeordneten Raphaël Arnault. Dieser leitete die Kündigung des Vertrags für diesen Mitarbeiter ein, während LFI betonte, keine politische Verantwortung für den Tod zu tragen. Die Regierung, darunter Innenminister Laurent Nuñez, stellte jedoch Verbindungen zwischen dem Angriff und LFI her und forderte, dass die Partei „in ihren Reihen aufräumt“. Der Vorfall löste auch eine Welle von Angriffen auf LFI-Büros aus; in Paris musste der Parteisitz nach einer Bombendrohung geräumt werden. Die Rechtspopulisten um Marine Le Pen beantragten in der Nationalversammlung eine Schweigeminute für den getöteten Rechtsextremen. Das Regierungslager stimmte dem überraschend zu.

Präsident Emmanuel Macron besuchte Indien zu einer offiziellen Reise nach Bombay und New Delhi. Die Reise knüpft an den KI-Gipfel in Paris im Jahr 2025 an und soll den Dialog zwischen Frankreich und Indien zu technologischen, wirtschaftlichen und strategischen Fragen vertiefen. Im Rahmen der „Horizon 2047“-Agenda, die bis zum 100. Jubiläum der indischen Unabhängigkeit gilt, werden Kooperationen in Sicherheit, Klima, Technologie und Bildung ausgebaut. In Bombay ehrte Macron die Opfer der Terroranschläge von 2008, traf Vertreter der Film- und Kulturszene und führte Gespräche mit Premierminister Narendra Modi am Sitz des Gouverneurs von Maharashtra, bevor beide gemeinsam eine Presseerklärung abgaben. Über hundert französische Unternehmen begleiteten die Reise, um Investitionen und technologische Partnerschaften zu fördern. Indien plant derzeit den Kauf von 114 Rafale-Kampffjets von Dassault Aviation im Wert von 33 Milliarden Euro. Der Vertrag wäre die bisher größte Bestellung in der Geschichte des Herstellers. Verhandelt wird unter anderem, welcher Anteil der Jets in Indien produziert wird und wie Technologie übertragen wird, wobei Frankreich einen Großteil der Kerntechnologie behalten will.

Nach fast drei Jahren Verzögerung hat die französische Regierung die Mehrjährige Energieplanung (PPE3) für den Zeitraum 2025 bis 2035 vorgestellt. Die Verzögerung resultierte aus heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern der Kernenergie und Anhängern der erneuerbaren Energien sowie aus der instabilen Regierungslage. Die PPE3 setzt auf eine Renaissance der Kernkraft, mit dem Bau neuer Reaktoren und der Verlängerung der Laufzeiten bestehender Anlagen, während der Ausbau von Wind- und Solarenergie vorsichtiger geplant wird. Ziele sind, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, die Energiesouveränität Frankreichs zu sichern und die Stromproduktion weitgehend zu dekarbonisieren. Politisch bleibt die PPE3 umstritten: der Vorsitzende der Républicains, Bruno Retailleau, kritisierte die fortlaufende staatliche Förderung für erneuerbare Energien, Marine Le Pen bezeichnet die gesamte Strategie als Fehler, während Premierminister Sébastien Lecornu die Notwendigkeit betonte, die gefährliche Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern.

Frankreich und Algerien haben vereinbart, ihre Sicherheitszusammenarbeit wiederaufzunehmen, wie der französische Innenminister Laurent Nuñez am 17. Februar 2026 in Algier ankündigte. Ziel ist es, die seit Sommer 2024 stark angespannten bilateralen Beziehungen zu entspannen und die Kooperation in den Bereichen Polizei, Justiz und Nachrichtendienste zu vertiefen. Während seines Besuchs traf Nuñez u. a. Präsident Abdelmadjid Tebboune sowie Spitzenvertreter der Sicherheitsdienste. Besondere Themen waren z.B. Terrorismusbekämpfung, Drogenhandel und die Rückführung irregulärer algerischer Staatsangehöriger aus Frankreich. Der Besuch markiert eine erste Entspannung, die unter anderem durch die Anerkennung eines Autonomieplans für die Westsahara durch Frankreich, diplomatische Spannungen und mehrere Inhaftierungen französischer Staatsbürger ausgelöst wurde.

Der frühere Premierminister François Fillon hat seinen Einspruch vor der Cour de cassation (Kassationsgericht) im sogenannten „Penelopegate“-Skandal zurückgezogen. Damit ist das Urteil gegen ihn rechtskräftig und der Fall endgültig abgeschlossen. Fillon war 2025 vom Pariser Berufungsgericht zu vier Jahren Haft auf Bewährung, 375.000 Euro Geldstrafe und fünf Jahren Amtsverbot verurteilt worden. Seine Schuld wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder stand bereits fest; zuletzt ging es nur noch um das Strafmaß. Durch das neue Urteil entging er einer früher verhängten strengeren Strafe mit einem Jahr Haft ohne Bewährung.

Die französische Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das KI-gestützte Videoüberwachung in Supermärkten und Geschäften bis Ende 2027 erlaubt – zunächst nur als Test. Die Kameras sollen automatisch auffälliges Verhalten erkennen, das auf Diebstahl hindeuten könnte. Gesichtserkennung ist verboten, die Kunden müssen informiert werden, und die Händler dürfen wegen der KI-Warnungen nicht automatisch jemanden bestrafen, da sie nur als Hinweis dienen. Der Senat muss dem Gesetz noch zustimmen. Die Regierung unterstützt das Gesetz, will aber die rechtlichen Rahmenbedingungen genau prüfen.

Mehrere hundert Sicherheitskräfte der SNCF und der RATP dürfen „versuchsweise“ Elektroschockpistolen (Taser) tragen, um gewaltsame Vorfälle besser unter Kontrolle zu bringen. Ein am 19. Februar 2026 veröffentlichter Erlass erlaubt den Einsatz dieser „nicht-tödlichen“ Waffen für drei Jahre. Zunächst betrifft dies rund 10 % der Bahnpolizei, also etwa 300 bis 400 Einsatzkräfte. Ziel der Maßnahme ist es, gefährliche Situationen sicherer zu bewältigen, den Einsatz von Schusswaffen zu reduzieren und das Verletzungsrisiko für Unbeteiligte zu verringern.

Westfrankreich wird von schweren Unwettern und anhaltendem Starkregen heimgesucht. In vier Départements gilt die höchste Hochwasser-Warnstufe (Rot), in weiteren zwölf die Warnstufe Orange. Das Sturmtief „Pedro“ bringt zusätzlich heftigen Regen, Sturmböen von bis zu 120 km/h an der Atlantikküste sowie hohe Wellen. Seit Mitte Januar wurden 36 Regentage in Folge registriert – ein Rekord seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1959. Besonders betroffen ist das Département Gironde mit der Stadt Bordeaux. Dort wird ein Höchststand der Garonne und möglicherweise das schwerste Hochwasser seit 1999 erwartet. Tausende Haushalte sind ohne Strom, rund 20.000 Menschen ohne Mobilfunk, in mehreren Gemeinden ist die Trinkwasserversorgung eingeschränkt. Die Behörden warnen, dass die Lage noch nicht überstanden ist.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), erwägt offenbar einen vorzeitigen Rücktritt vor dem Ende ihrer Amtszeit im Oktober 2027. Anders als bei früheren Gerüchten schließt die EZB ein solches Szenario inzwischen nicht mehr aus. Ein Rücktritt vor der französischen Präsidentschaftswahl 2027 würde Präsident Emmanuel Macron Einfluss auf die Nachfolge sichern und verhindern, dass ein möglicher Präsident aus dem Rassemblement National (RN) daran mitwirkt. Lagarde könnte anschließend die Präsidentschaft des Weltwirtschaftsforums in Davos übernehmen. Ihr möglicher Abgang reiht sich in mehrere wichtige Personalentscheidungen ein, die Macron derzeit trifft oder noch treffen wird – etwa bei der Cour des comptes, der Banque de France oder dem Conseil d'État. Es wird vermutet, dass Macron vor einem möglichen Machtwechsel zentrale Positionen mit Vertrauten besetzen will.

DIE ZAHL DER WOCHE

Nr. 1

Frankreich blieb 2025 mit 102 Millionen internationalen Besucherinnen und Besuchern das **meistbesuchte Land der Welt** und erzielte mit 77,5 Milliarden Euro Tourismuseinnahmen einen neuen Rekord. Gegenüber 2024 entspricht dies einem Zuwachs von zwei Millionen Gästen und einem Umsatzplus von 9 %. Die größten Besuchergruppen kamen aus Deutschland, gefolgt von Italien, Spanien, Belgien und den Niederlanden. Besonders stark wuchs die Zahl der US-amerikanischen Gäste (+17 %), während sich die asiatische Nachfrage zwar erholte, aber unter dem Vorkrisenniveau blieb. Gleichzeitig wächst der Wettbewerbsdruck, insbesondere durch Spanien, das für 2025 rund 97 Millionen internationale Gäste und deutlich höhere Tourismuseinnahmen meldet.

3	4	7
0	8	6
5	2	5
7	3	1
4	9	2
8	0	6
9	2	1